2. April 2002

Patientenrechte

Diese Darstellung befasst sich mit den datenschutzrelevanten Rechten, die Ihnen als Patienten im Verhältnis zu Ihrem Arzt zustehen.

Hierbei ist zwischen ambulanten Arztpraxen und privaten Kliniken auf der einen und kommunalen und Landeskliniken auf der anderen Seite zu unterscheiden. Für ambulante Praxen und private Kliniken findet das [Bundesdatenschutzgesetz \(BDSG\)](#) Anwendung, im öffentlich-rechtlichen Bereich (z.B. für Universitätskliniken und kommunale Krankenhäuser) das [Landesdatenschutzgesetz \(LDSG\)](#). Beide Gesetze finden Sie im Volltext auf der Homepage des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD). Weitere gesetzliche Regelungen zum Verhältnis zwischen Arzt und Patient finden sich im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), im Strafgesetzbuch (StGB) und in der Berufsordnung der Ärztekammer Schleswig Holstein (BO ÄK SH) bzw. in der Musterberufsordnung der Bundesärztekammer.

1.) Recht auf Auskunft und Einsicht in die Krankenunterlagen

Als Patient haben Sie das Recht, Einsicht in Ihre Krankenunterlagen zu nehmen. Ihr Arzt ist verpflichtet, Ihnen Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erteilen. Soweit vertragliche Beziehungen zwischen Arzt und Patient bestehen, ergibt sich das Einsichtsrecht als vertragliches Nebenrecht. Anderenfalls folgt es aus [§ 810 BGB](#). Danach kann derjenige, der ein rechtliches Interesse daran hat, eine in fremdem Besitz befindliche Urkunde einzusehen, vom Besitzer die Gestattung der Einsichtnahme verlangen, wenn die Urkunde in seinem Interesse errichtet worden ist. Das Einsichtsrecht des Patienten findet sich zudem im ärztlichen Standesrecht ([§ 10 Abs. 2 BO ÄK SH](#)). In den Datenschutzgesetzen finden sich die einschlägigen Einsichts- und Auskunftsregelungen in [§ 34 BDSG](#) bzw. [§ 27 LDSG](#).

Sie haben ein Recht auf Einsicht in Ihre Patientendokumentation, ohne dass Sie ein besonderes Interesse erklären oder nachweisen müssen. Damit können Sie die für Sie relevanten Gesundheitsdaten, insbesondere die ärztlichen Befunde erfahren. Das Einsichtsrecht erstreckt sich nach der Rechtsprechung und dem ärztlichen Berufsrecht nicht auf den Teil der Dokumentation, der rein subjektive Eindrücke und Wahrnehmungen des Arztes enthält (zur Akteneinsicht bei Psychiatrie-Unterlagen siehe [Extradarstellung](#)).

Sie können Ihr Einsichtsrecht auch wahrnehmen, indem Sie einen Arzt oder eine sonstige Person Ihres Vertrauens mit der Einsicht beauftragen. Sie können Kopien der Dokumentation von dem behandelnden Arzt anfordern. Es besteht grds. kein Anspruch auf Zusendung, wohl aber darauf, dass die Unterlagen bzw. Kopien bereitgehalten werden. In der Regel müssen Sie die anfallenden Kopierkosten tragen. Nach [§ 28 Abs. 3 Röntgenverordnung](#) ist der untersuchten Person auf Wunsch eine Abschrift oder Ablichtung von Röntgenaufzeichnungen auszuhändigen. Durch die Weitergabe von medizinischen Unterlagen lassen sich bei einem Arztwechsel u.U. Doppeluntersuchungen und damit verbundene Belastungen und Kosten vermeiden. Ein Recht auf ersatzlose Herausgabe von Patientenunterlagen sieht unser Recht nicht vor. Es stünde in Widerspruch zur ärztlichen Dokumentationspflicht. Eine Überlassung der Originalunterlagen zur Einsicht ist aber u.U. möglich.

Das Einsichtsrecht kann in Ausnahmefällen eingeschränkt sein, unter anderem, wenn Rechte anderer in die Behandlung einbezogener Personen (z.B. Angehörige, Freunde) berührt werden. Diese Einschränkung ist vom Arzt zu begründen.

2.) Benachrichtigung

Ihr Arzt ist verpflichtet Sie zu informieren, wenn erstmals Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden. Eine gesonderte Benachrichtigung ist nicht erforderlich, wenn Sie auf andere Weise von der Speicherung Kenntnis erhalten. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Sie als Patient bei dem Arzt in direkter Behandlung sind. Gesetzlich geregelt ist die Benachrichtigungspflicht in [§ 33 BDSG](#) bzw. [§ 26 Abs. 3 LDSG](#).

Wenn Ihr Arzt Ihre Daten an Dritte übermitteln will, ist er verpflichtet, Sie zu informieren (vgl. [§ 9 Abs. 2 S. 3 BO](#) ÄK SH) bzw. Ihre Einwilligung einzuholen. Die zu beachtenden Anforderungen an eine [Erklärung über die Entbindung von der Schweigepflicht](#) finden Sie auf dieser Website.

Eine Benachrichtigung ist nicht zwingend, wenn eine gesetzliche Offenbarungsbefugnis vorliegt (z.B. Abrechnung mit Krankenkassen). Wenn Sie von mehreren Ärzten gleichzeitig oder nacheinander untersucht oder behandelt werden, so ist eine ausdrückliche Information nicht nötig, wenn Ihr Einverständnis anzunehmen ist (vgl. [§ 9 Abs. 4 BO](#) ÄK SH).

3.) Berichtigung

Sollten unrichtige personenbezogene Daten über Sie gespeichert sein, so haben Sie gemäß [§ 35 BDSG/§ 28 LDSG](#) einen Anspruch auf Korrektur der Fehler.

Werden Daten zu Dokumentationszwecken gespeichert, besteht nach [§ 35 Abs. 6 BDSG](#) kein Anspruch auf Berichtigung, Sperrung oder Löschung der Daten. Dies ist bei Behandlungsunterlagen wegen der Dokumentationspflicht der Arztes zu Beweis Zwecken regelmäßig der Fall ([§ 10 BO](#) ÄK SH). Sie können jedoch eine Gegendarstellung verfassen, die den Daten beigefügt werden und stets mit übermittelt werden muss.

4.) Löschung

Patientendaten sind nach [§ 35 BDSG/§ 28 LDSG](#) zu löschen, sobald ihre Kenntnis für die Erfüllung des Zweckes der Speicherung nicht mehr erforderlich ist. In der Regel ist dies bei Patientenunterlagen nach zehn Jahren der Fall ([§ 10 Abs. 3 BO](#) ÄK SH). Zivilrechtliche Ansprüche gegen den Arzt verjähren in der Regel nach 30 Jahren. Danach besteht für Beweissicherungszwecke i.d.R. keine Notwendigkeit mehr und damit auch kein Grund mehr für eine Speicherung. Verlangen Sie als Patient nach Ablauf der 10 Jahre die Vernichtung Ihrer Unterlagen, so wird der Arzt i.d.R. diesem Wunsch entsprechen. Dies hat aber für Sie zur Folge, dass die Unterlagen für Beweis Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen. Im Einzelfall kann es sinnvoll sein, medizinische Daten länger zu speichern, z.B. um Erbkrankheiten über Generationen hinweg zu dokumentieren und zu behandeln. Hierfür bedarf es aber Ihrer ausdrücklichen Einwilligung.

5.) Widerspruch/Einwand

Nach [§ 35 Abs. 5 BDSG](#) bzw. [§ 29 LDSG](#) haben Sie das Recht, unter (möglichst schriftlichem) Hinweis auf persönliche Gründe gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einen Widerspruch bzw. Einwand zu erheben. Voraussetzung ist das Vorliegen eines besonderen schutzwürdigen Interesses, welches das Interesse an der Datenverarbeitung überwiegt. Zu denken ist beispielsweise an den Fall, dass eine amtsärztliche Untersuchung zwar rechtmäßig angeordnet wird, Sie aber als Betroffener einwenden, der Amtsarzt gehöre zu Ihrem persönlichen Bekanntenkreis und eine parteiische Begutachtung sei zu befürchten. In solchen Fällen haben Sie die Möglichkeit, wegen der besonderen persönlichen Gründe gegen die vorgesehene Datenerhebung den Einwand geltend zu machen. Die Stelle, gegenüber der der Einwand erhoben wird, hat darüber zu befinden, ob im Einzelfall Ihr

Interesse überwiegt. Im Beispielsfall wird dies in der Regel der Fall sein, da die Möglichkeit besteht, einen anderen Amtsarzt heranzuziehen.

6.) Schadensersatz

[§ 7 BDSG](#) bzw. [§ 30 LDSG](#) räumen demjenigen, dem durch die unrichtige oder unzulässige Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten ein Schaden entsteht, einen Anspruch auf Schadensersatz gegen die verantwortliche Stelle, also den Arzt oder die Klinik, ein, ohne dass ein Verschuldensnachweis nötig wäre. Ist ein Verschulden der Mitarbeiter der Stelle nachweisbar, kommt zusätzlich ein Anspruch nach [§ 823 BGB](#) in Betracht.

7.) Anrufung Kammer/ULD

Ihnen steht es frei, sich an das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) Schleswig-Holstein (bzw. in einem anderen Bundesland an den jeweiligen Landesbeauftragten für Datenschutz/Datenschutzkontrollinstanz) oder an die Ärztekammer bzw. Zahnärztekammer zu wenden, wenn sich Fragen hinsichtlich des Schutzes Ihrer Daten nicht gemeinsam mit dem behandelnden Arzt bzw. der Einrichtung klären lassen ([§ 7 Abs. 1 Heilberufegesetz](#), [§ 40 LDSG](#)), z.B. wenn Ihnen die Einsicht in Ihre Patientenakte vorenthalten wird. Diese Stellen können sich vermittelnd einschalten; sie sorgen sich um die Sicherung Ihrer Rechte als Patient.

8.) Strafanzeige

Nach [§ 203 Strafgesetzbuch \(StGB\)](#) droht einem Arzt oder Zahnarzt oder ärztlichem Personal für das unbefugte Offenbaren eines Patientengeheimnisses Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. Patientendaten sind naturgemäß sehr sensible Informationen, an deren Geheimhaltung Sie als Patient ein begründetes Interesse haben. Befugt ist eine Offenbarung, wenn eine wirksame Einwilligung in die Offenbarung oder eine gesetzliche Rechtfertigung besteht.

Zu beachten ist, dass es sich bei [§ 203 StGB](#) gem. [§ 205 StGB](#) um ein so gen. Antragsdelikt handelt. Das heißt, Polizei und Staatsanwaltschaft werden nur auf Antrag und nicht von sich aus tätig. Ein solcher Antrag ist nach [§ 77 b StGB](#) innerhalb einer Frist von drei Monaten zu stellen. Dies geschieht in der Regel mit der Anzeige der Tat bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft.

Haben Sie Fragen, die durch diesen Text nicht oder nicht ausreichend beantwortet werden? Zögern Sie nicht, sich das ULD oder an die Ärzte- oder die Zahnärztekammer zu wenden!

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

Herr Torsten Koop
Telefon: 0431/988-1218, Telefax: 0431/988-1223
Email: LD41@datenschutzzentrum.de
Holstenstraße 98, D - 24103 Kiel
Homepage: <http://www.datenschutzzentrum.de>

Ärztekammer Schleswig-Holstein

Rechtsabteilung
Telefon: 04551/803-131, Telefax: 04551/803-188
Email: rechtsabteilung@aeksh.de
Bismarckallee 8-12, D - 23795 Bad Segeberg
Homepage: <http://www.aeksh.de>

Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

Patientenberatungsstelle

Telefon: 01803/260926, Telefax: 01803/260915

Email: info@zahnaerztekammer-sh.de

Westring 498, D - 24106 Kiel

Homepage: <http://www.zahnaerztekammer-sh.de>

Weitere Unterstützung als Patient können Sie auch erhalten von

Patienten-Ombudsmann/-frau

bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein

Telefon: 01805/235383

Homepage: <http://www.aeksh.de> unter dem Punkt Ombudsleute

Bismarckallee 8-12, D - 23795 Bad Segeberg

Patientenberatung Verbraucherschutz

Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.

Telefon: 0431/590990, Telefax: 0431/5909977

Homepage: <http://www.verbraucherzentrale-sh.de>

Bergstraße 24, D - 24103 Kiel

Weiterhin möchten wir auf die [Patientencharta](#) [externer Link] hinweisen, die auf der Internetseite der Patientenstellen veröffentlicht ist.